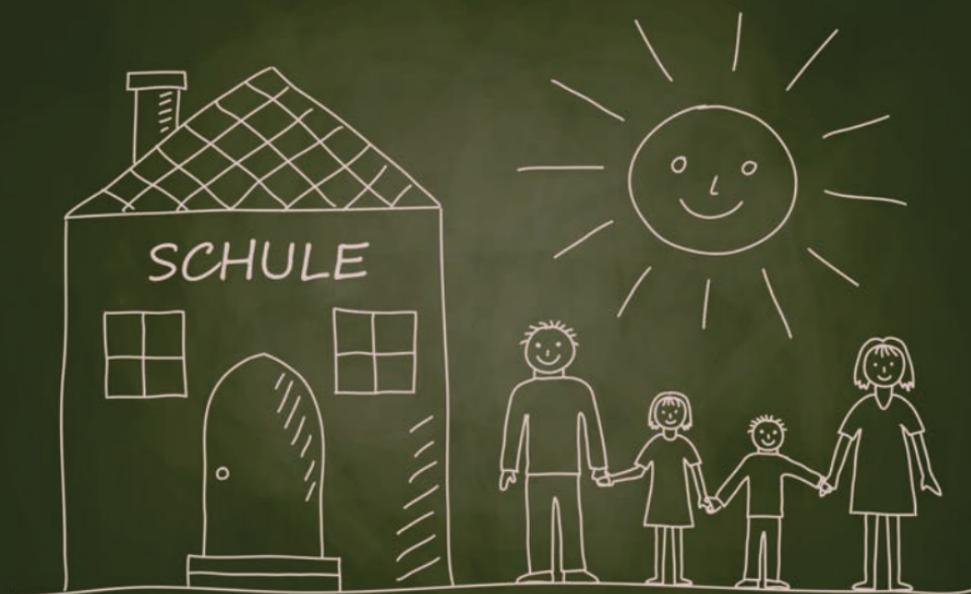


GÖTTINGER JUNGE FORSCHUNG

Bd. 20



Sören Messinger, Yvonne Wypchol

MODERNE CDU?

Programmatischer Wandel
in der Schul- und Familienpolitik

ibidem

Sören Messinger, Yvonne Wypchol

Moderne CDU?

Programmatischer Wandel
in der Schul- und Familienpolitik

GÖTTINGER JUNGE FORSCHUNG

Schriftenreihe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

Herausgegeben von Dr. Robert Lorenz und Dr. Matthias Micus

ISSN 2190-2305

14 *Bastian Brandau*

Fünf Sterne gegen Berlusconi

Das *Movimento 5 Stelle* und sein Weg in die italienische Politik

ISBN 978-3-8382-0488-9

15 *Christin Leistner*

Gerd Poppe

Ein unangepasstes Leben in der DDR

ISBN 978-3-8382-0500-7

16 *Miriam Zimmer*

Assimilation und religiöse Organisation

Eine organisationssoziologische Studie zu Überlebensstrategien
ethnischer Kirchen

ISBN 978-3-8382-0502-1

17 *Michael Schlieben*

Politische Karrieren in der Bundesrepublik

Studien über Aufstieg und Scheitern

ISBN 978-3-8382-0517-5

18 *Jonas Rugenstein*

Nach der günstigen Gelegenheit

Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009

ISBN 978-3-8382-0528-1

19 *Benjamin Seifert*

Reformoptimismus und Bürgerwut

Das Volksbegehren gegen die "kooperative Schule"
in Nordrhein-Westfalen

ISBN 978-3-8382-0555-7

Sören Messinger, Yvonne Wypchol

MODERNE CDU?

Programmatischer Wandel
in der Schul- und Familienpolitik

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Coverabbildung: © Anthonycz – Fotolia.com

∞

ISBN-13: 978-3-8382-6536-0

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2013

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Inhalt

Vorwort: Die Modernisierung einer Partei	9
<i>von Robert Lorenz und Matthias Micus</i>	
Einfaches und komplexes Lernen	9
Fallbeispiele für Organisationslernen:	
Die Schul- und Familienpolitik	18
Göttinger Junge Forschung	23
Einleitung	29
<i>von Sören Messinger und Yvonne Wypchol</i>	
TEIL I: ABSCHIED VON DER DREIGLIEDRIGKEIT	
<i>von Sören Messinger</i>	
Abkürzungsverzeichnis	35
1. Einleitung	37
2. Die CDU im Kampf um die Schulstruktur – Von der Bekenntnisschule zur Gesamtschule	43
2.1 Konfession und Elite: Die Restauration des Schulsystems in der Nachkriegszeit und die Gründung der CDU	43
2.2 Die Bildungspolitik der CDU unter Druck – Die Kritik am deutschen Schulsystem in den 1950er und 1960er Jahren	52
2.2.1 Eine neue Sicht auf Schule – Rahmenplan, Bildungskatastrophe und Säkularisierung	53
2.2.2 Reformbereitschaft in der CDU	65
2.3 Die Bildungsreformära – Vom Konsens zur Repolarisierung	71
2.3.1 Konsensuale Bildungspolitik unter dem Banner der Wissenschaft	72

2.3.2	Oppositionelle Bildungspolitik – Das Ende der Reformbereitschaft in der CDU	77
2.3.3	Gesamtschule und Dreigliedrigkeit: Die Folgen der Polarisierung	87
2.4	Die stille Schulstrukturfrage und die Hauptschulen als Problemfall	90
2.5	Zwischenfazit	96
3.	Die Schulstrukturpolitik der CDU seit PISA	101
3.1	Ein neuer Reformzyklus – PISA und der Streit um die deutsche Schulstruktur	101
3.2	Bildungspolitische Entscheidungen der CDU zur Schulstruktur seit PISA	106
3.2.1	Orientierungsstufe/Verlängerung der Grundschulzeit	108
3.2.2	Erhalt der Dreigliedrigkeit oder Beginn der Zweigliedrigkeit	109
3.3	Fallstudie I: Orientierungsstufe in Niedersachsen – Rückkehr zu alten Fronten?	114
3.4	Fallstudie II: Die Schulreform in Hamburg – Ein Schritt zu weit	122
3.5	Fallstudie III: Die Debatte um die Oberschule zum Leipziger Parteitag 2011 – Zweigliedrigkeit oder Viergliedrigkeit	131
3.6	Zwischenfazit	139
4.	Die Unberührbarkeit des Gymnasiums	145
4.1	Die soziale Basis des Gymnasiums	146
4.2	Die Bedeutung der Schulstruktur in den gesellschaftlichen Milieus	149
4.3	Fallstudie IV: Bildungsproteste um die Hamburger Schulreformen	157
4.4	Zwischenfazit	163
5.	Fazit und Ausblick	165

TEIL II: DAS FAMILIENBILD IN DER CDU*von Yvonne Wypchol*

1. Einleitung: Ein Randthema gewinnt an Bedeutung	175
2. Forschungsstand	179
3. Vorgehensweise – Analysezugang	183
3.1 Problemaufriss	183
3.2 Methodisches Vorgehen	185
3.3 Analyseschwerpunkt und Gliederung	188
4. Überlegungen zum CDU-Familienbild	193
4.1 Familienbild – seine identitätsstiftende Funktion für Parteien	193
4.2 Prägung des bürgerlichen Familienbildes	202
4.3 Die CDU als Träger des traditionellen bürgerlichen Familienbildes	207
4.4 Erste Wegmarken der Modernisierung	209
5. Die Oppositionszeit (1998-2005) als günstige Gelegenheit	213
5.1 Familienpolitischer Reformbeginn: „Erfurter Leitsätze – Aufbruch ‘99“	213
5.2 Neudefinition von Familie: „Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung“	218
5.3 Familienpolitische Modernisierung: Angela Merkel als Wegbereiterin	225
6. Die Große Koalition (2005-2009): Implementierung eines neuen Familienbildes	233
6.1 Wie Ursula von der Leyen das neue Familienbild vermittelte	234
6.2 Das neue Familienbild der CDU	249
6.3 Trotz aller Kritik: keine Revision im CDU-Familienbild	256
7. Zusammenfassung: Das Bewahren von Familie	273

Schlusswort	279
<i>von Sören Messinger und Yvonne Wypchol</i>	
Quellen- und Literaturverzeichnis	283
Quellen	283
Literatur	285
Danksagungen	309

Vorwort:

Die Modernisierung einer Partei

Robert Lorenz / Matthias Micus

Die beiden dem vorliegenden Buch zugrunde liegenden Analysen von Sören Messinger und Yvonne Wypchol über den Wandel christdemokratischer Positionen in der Schul- und Familienpolitik befassen sich gleichermaßen mit der Modernisierung der CDU in der Ära Angela Merkel. Modernisierung ist natürlich ein äußerst schwammiger Begriff. In einem denkbar weit gefassten Verständnis fällt darunter mit Blick auf Parteien – oder auch Organisationen im Allgemeinen – die Gesamtheit der programmatischen, organisatorischen und auch personellen Anpassungen an veränderte, einem zeitlichen Wandel unterliegende und mithin neue Verhältnisse. Insofern kann man genauso gut von Organisationslernen sprechen.

Einfaches und komplexes Lernen

Was versteht man nun unter Organisationslernen? Organisationslernen im engeren Sinne bedeutet den „intendierten Wandel struktureller und kognitiver Organisationsvariablen“¹, d.h. Organisationslernen besteht aus spezifischen Wandlungshandlungen (*change acts*), die von konkreten Wandlungsakteuren (*change agents*) initiiert und begangen werden. Ein solcherart verstandenes Organisationslernen ist nicht allein von externen Anreizen abhängig; die Lernimpulse können auch von innen, aus der Organisation selbst kommen.

1 Wiesenthal, Helmut: Lernen aus der Sicht der Organisationsforschung – einige Unterscheidungsvorschläge und Grenzerfahrungen, Beitrag zum Workshop „Kollektives Lernen und governance“, veranstaltet von Prof. Dr. Hubert Heinelt am 24.06.2005 an der TU Darmstadt, S.3

Dieses selbstgesteuerte Organisationslernen im engeren Sinne entspricht dem, was von manchen Organisationsforschern „komplexes Lernen“ genannt wird. Komplexes Lernen bezieht sich auf das Kernwissen, das Orientierungssystem der Organisation, es tangiert die Identität und Kontinuität verbürgenden Kernüberzeugungen, die kognitiven Grundannahmen und normativen Prämissen, letztlich die zentralen Ziele der betreffenden Organisation. „Einfaches Lernen“ – vom komplexeren Organisationslernen semantisch bisweilen auch durch den Begriff Organisationswandel abgegrenzt – erschöpft sich in eher un kreativen organisatorischen Anpassungsprozessen an eine sich wandelnde Umwelt. Und es zielt auf Veränderungen bei den Mitteln – und nicht, wie bei komplexem Lernen, den Zwecken –, mit denen die feststehenden Ziele, die ihrerseits vom Wandel unberührt bleiben, effektiver erreicht werden sollen.²

Einfaches Lernen richtet sich daher zumeist auf die formalen Regeln einer Organisation, die an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst oder – noch charakteristischer – einfach nur strikter befolgt werden sollen. Das Erfolgskriterium einfachen Lernens, so könnte man sagen, ist insofern Normkonformität. Und während das Problem des komplexen Lernens in seiner hohen Irrtumsanfälligkeit vor allem durch den Mangel an zuverlässigen Informationen über die Implikationen und Wechselwirkungen des sozialen, politischen und kulturellen Wandels und die Verzerrungen bei der Übersetzung von Umweltereignissen in individuelle Wahrnehmungen besteht, führt das „einfache Lernen“ mit seiner „konservativen Reaktion auf negative Folgen der Regelbefolgung“ dazu, dass unzweckmäßige Hand-

2 Bandelow, Nils C.: Policy Lernen und Politische Veränderungen, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München 2003, S. 289-331, hier S.300 ff.

lungen mit umso größerer Entschiedenheit reproduziert werden.³

In den beiden Analysen dieses Buches wird ein weiter, einfache und komplexe Lernleistungen gleichermaßen umfassender Begriff des Organisationslernens verwendet – nicht zuletzt deshalb, weil der reale, empirisch beobachtbare Organisationswandel bei Parteien in der Vergangenheit eine Mischform darstellte zwischen einfachem und komplexem Lernen. Das vorherrschende Muster war (und ist?) das eines schleichenden Wandels, der zwar von einigen Akteuren befördert werden mag, der sich aber im Wesentlichen exogenen Faktoren verdankt: dem Wertewandel und Generationswechsel, dem Wandel der Ressourcenpotentiale und Veränderungen der Aufgabenstruktur.⁴

In jedem Fall ist Erfahrungslernen ein weit verbreitetes Phänomen, gerade in langlebigen Organisationen mit stolzer Tradition wie der CDU. „Jede Entscheidungsregel“, so James March und Johan Olsen, „die zu irgendeinem Zeitpunkt zu einem erwünschten Zustand geführt hat, wird in der Zukunft mit größerer Wahrscheinlichkeit wieder verwendet werden als in der Vergangenheit.“⁵ Bloß hat sich die Annahme als irrig erwiesen, dass eine Übereinstimmung bestehe zwischen der Situation, in der die Regeln angewandt werden, und derjenigen, in der sie entwickelt worden sind.⁶ Erfahrungslernen zeitigt folglich eine Vielzahl von Problemen: Es führt erstens nicht nur zur

3 Wiesenthal, Helmut: Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen: Literaturreport und Ergänzungsvorschlag, in: Zeitschrift für Soziologie, H.2/1995, S. 137-155, hier S. 140

4 Vgl. Wiesenthal, Helmut: Lernen aus der Sicht der Organisationsforschung – einige Unterscheidungsvorschläge und Grenzerfahrungen, Beitrag zum Workshop „Kollektives Lernen und governance“, veranstaltet von Prof. Dr. Hubert Heinelt am 24.06.2005 an der TU Darmstadt, S. 3.

5 March, James G./Olsen, Johan P.: Die Unsicherheit der Vergangenheit: Organisatorisches Lernen unter Ungewißheit, in: March, James G. (Hg.): Entscheidung und Organisation, Wiesbaden 1990, S. 373-397, hier S. 386.

6 March, James G.: Eine Chronik der Überlegungen über Entscheidungsprozesse in Organisationen, in: ders. (Hg.): Entscheidung und Organisation, Wiesbaden 1990, S. 2-19, hier S. 9 ff.

Konservierung historischer, mittlerweile aus der Zeit gefallener Interpretationsmuster, sondern birgt auch das Risiko einer Kompetenzfalle, weil mäßige Ergebnisse, die mit suboptimalen Verfahren erzielt werden, diese vermeintlich bestätigen und von der Suche nach besseren Verfahren ablenken.⁷ Dass Erfahrungslernen zweitens das Tempo und die Bereitschaft zum Organisationslernen verringert, darauf verweist die negative Korrelation zwischen Organisationsalter und Organisationslernen. Hier gilt für Kollektive dasselbe wie für Individuen: Junge sind anpassungsfähiger und veränderungsbereiter als Alte – schon allein deshalb, weil erstere unvorbelastet Neues lernen, während die Alten das früher Gelernte erst vergessen müssen, ehe sie sich das Neue einprägen können. Erinnern sie sich dabei auch noch sehnsuchtsvoll der eigenen Jugend, so sind sie erst recht abgeneigt, es auch nur zu versuchen.⁸

Die Lernverweigerung kann bis zu dem Punkt gehen, an dem – wie es der Publizist Johannes Gross genannt hat – eine Organisation „parasitär“ wird, d.h. „von einer Organisation bloß das organisatorische Gehäuse bleibt, der Glaube aber seine Gläubigen und die Ideologie ihre Kraft verloren hat“⁹. Dies ist dann der Fall, wenn das organisatorische Gehäuse bloß noch durch Privilegien und Machtmittel abgestützt wird; wenn überkommene Ansprüche überdauern, aber keine gesellschaftsstabilisierende Funktion mehr von der Organisation ausgeht, sie auch keinen Begriff vom Sinn des Lebens und der Geschichte mehr hat und sich bloß noch von der Gesellschaft unterhalten lässt, ohne Nutzen zu bieten; wenn sie also im schlimmsten Fall nicht nur nutzlos sondern auch noch schädlich geworden ist, weil nötige Anpassungen und Lernvorgänge verhindert werden und Organisationsstabilität über Effektivität gestellt wird. In

7 Wiesenthal, Helmut: Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen: Literaturreport und Ergänzungsvorschlag, in: Zeitschrift für Soziologie, H.2/1995, S.137-155, hier S. 149

8 Vgl. Young, Michael: Es lebe die Ungleichheit, 1958, S. 119.

9 Gross, Johannes: Die nutzlosen Bürokraten, in: ders.: Wie das Wunder in die Jahre kam. Essays zu Deutschland, Düsseldorf u.a. 1994, S.73 ff.

solchen Fällen sprechen Organisationssoziologen auch von „pathologischem Lernen“¹⁰. Pathologisch ist ein Lernen dann, wenn irriige Schlussfolgerungen auf der Grundlage von Erfahrungslernen zu Handlungen führen, die einen bestehenden Fehler noch verschlimmern, und wenn Anpassungshandlungen bzw. Reformmaßnahmen die Leistungsfähigkeit einer Organisation verringern statt verbessern.

An der Gegenüberstellung und den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten, die nicht selten gerade zwischen alten und jungen, traditionsreichen und geschichtsarmen Organisationen bestehen, zeigt sich, dass Lernen auch ganz wesentlich „Entlernen“ ist und für Kompetenzgewinne Akte des Vergessens notwendig sind. „Wissen und Lernen“, argumentiert der Organisationsberater Fritz B. Simon, „sind Gegensätze. Wo Wissen bewahrt wird, wird Lernen verhindert.“ Wissen, so Simon weiter, mache „lernbehindert“.¹¹ Dasselbe gilt im Übrigen für zurückliegende Erfolge. Lernbedarf wird durch Misserfolge, Niedergang, Erfahrungen des Scheiterns bewusst. Vergangene Erfolge und die Erinnerung daran dagegen tendieren dazu, die Erkenntnis von Reformfordernissen zu blockieren. Gaston Bachelard spricht in diesem Zusammenhang von Wissensbeständen als „obstacles épistémologiques“¹².

Wissen lähmt, weil die für kühne Initiativen notwendige Unschuld und Rücksichtslosigkeit verloren gehen. Die Erfahrung zeigt, dass eine Ausweitung der gesellschaftlichen Fähigkeiten zur Informationsverarbeitung nicht zu einer gesteigerten politischen Steuerungsfähigkeit führt.¹³ Weitere Hindernisse für organisatorisches Lernen sind zum einen die Bestandsinteressen

10 Deutsch, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg 1969, S. 147.

11 Zit. in Bolz, Norbert: Die Wissensgesellschaft – Stupid Stuff oder Serious Business?, in: Knowledge extended, Jülich 2005, S. 19 f.

12 Bachelard, Gaston: Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Beitrag zu einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis, Frankfurt a.M. 1978.

13 Vgl. Streeck, Wolfgang: Vielfalt und Interdependenz: Probleme intermedialer Organisationen in sich ändernden Umwelten, Discussion Paper IIM/LMP 87-3, Berlin 1987, S. 20.

und der daraus sich ableitende Strukturkonservatismus mindestens der etablierten Organisationen. Einen Großteil der individuellen Potentiale für komplexes Lernen können Organisationen infolgedessen nicht abrufen. Zum anderen fördert im Falle von Mitgliederorganisationen auch die Mitgliedschaft die Lernbereitschaft oftmals nicht, eher im Gegenteil. Jedenfalls sofern ihr Anschluss auf Freiwilligkeit basiert und ausgedehnte Partizipationsgelegenheiten bestehen. Konflikte aufzulösen etwa stellt in politischen Parteien mit ihren freiwilligen, wertorientierten Mitgliedschaften ein erheblich schwerwiegenderes Problem dar als in Unternehmen, wo es eindeutige Entscheidungsordnungen gibt, klare Regeln für die Auflösung von Konflikten, nicht zuletzt auch effektive Sanktionsmöglichkeiten.¹⁴

Und schließlich ergeben sich erhebliche Hemmnisse für Organisationslernen aus der fundamentalen Gebrochenheit und den mannigfaltigen Ambivalenzen im Verhältnis, in den wechselseitigen Einflüssen und Bedingungen zwischen den Organisationen auf der einen und ihren Umwelten auf der anderen Seite. Schon die Logik der Organisation widerspricht der Vorstellung von einem reibungslosen Verhältnis von Organisation und Umwelt – besteht doch der funktionale Sinn des Organisierens eben darin, bestimmte Sinnfiguren, Ablaufschemata und Kommunikationsformen gegen allfällige Umweltvarianzen zu stabilisieren. Organisationen müssen ein Set von Strukturmerkmalen und Sinnprämissen gegen unmittelbare Umwelteinflüsse immunisieren. Einerseits. Andererseits darf sich die Organisation aber auch keine selbstschädigende Umweltignoranz leisten, die ihre gesellschaftliche Verwurzelung und mithin ihre Funktion als intermediäre Organisation gefährden würde. Der Organisationsprozess ist insofern – und das erschwert Organisationslernen ungemein, in die eine ebenso wie in die andere Richtung – eine Gratwanderung zwischen sturer Routinisierung und verän-

14 Vgl. Wiesenthal, Helmut: Lernen aus der Sicht der Organisationsforschung – einige Unterscheidungsvorschläge und Grenzerfahrungen, Beitrag zum Workshop „Kollektives Lernen und governance“, veranstaltet von Prof. Dr. Hubert Heinelt am 24.06.2005 an der TU Darmstadt, S. 6.

derungsresistenter Erstarrung einerseits und dem Risiko des Identitätsverlustes infolge allzu bereiter Umwelthanpassung und allzu rascher, erratischer Kurssprünge andererseits. Jedenfalls: Nicht nur langsames Lernen kann sich als Manko herausstellen. Auch über- oder vor-schnelles Lernen ist eine riskante Strategie, da es zu Überreaktionen auf Umweltvariationen tendiert und das für das Auffinden guter Alternativen unerlässliche Experimentieren verhindert.

Ganz allgemein ist das Umweltverhältnis von Organisationen kontingent. Die Umwelt bleibt zwar auch beim komplexen Lernen die wichtigste Bezugsgröße organisatorischer Veränderungsansätze, sie hat also sehr wohl Auswirkungen auf organisationsinterne Strukturen und Abläufe, aber sie determiniert sie nicht. Nicht zuletzt deshalb, weil sämtliche Umwelteinflüsse auf dem Weg in das Bewusstsein der handelnden Akteure in den Organisationen zunächst durch die subjektiven WahrnehmungsfILTER hindurch müssen. Welche Entwicklungen, was für Veränderungen als relevant betrachtet werden, heißt das, hängt auch von den Prädispositionen, von den Interessen, Werthaltungen und der Problemwahrnehmung der Entscheidungsträger in den Organisationen – und in unserem Falle den Parteien – ab. Dem Eigenleben und den spezifischen Gesetzmäßigkeiten formaler Organisationen kommt folglich eine unabhängige kausale Bedeutung zu.¹⁵

Aus den Brüchen im Wechselverhältnis zwischen Organisationen und ihren Umwelten, aus den Wahrnehmungsverzerrungen und Informationsdefiziten der Organisationsmitglieder über die externen Rahmenbedingungen resultiert ein Gutteil der Schwierigkeiten und Irrtümer beim Organisationslernen sowie der nicht-antizipierten Konsequenzen von Organisationshandeln. Auch hier haben wir es wieder mit einem schmalen Grat zu tun: Sowohl wenn sich Organisationen langsamer als die Umwelt wandeln, als auch wenn sie sich antizipativ gleichsam

15 Streeck, Wolfgang: Vielfalt und Interdependenz: Probleme intermediärer Organisationen in sich ändernden Umwelten, Discussion Paper IIM/LMP 87-3, Berlin 1987, S. 18.

im Vorgriff ändern, kann der Transformationsprozess leicht seinen Anspruch auf Vernünftigkeit verlieren. „Werden Kausalverknüpfungen ignoriert [oder missverstanden, Anm. d. Verf.], weil sie neu sind, weil sie in der Vergangenheit nutzbringende Auswirkungen hatten oder weil auch der Welt Komplexität inhärent ist, so können Veränderungen [...] unvorhergesehene oder verwirrende Konsequenzen haben.“¹⁶

So können beispielsweise Parteiführungen aus rückläufigen Stammwähleranteilen und der mindestens partiellen Entkoppelung von Parteien und Gesellschaft die Schlussfolgerung ziehen, sich umso stärker an demoskopischen Erhebungen, tagespolitischen Stimmungen und einer als ungebunden empfundenen sozialen Mitte zu orientieren; wohingegen die potentiellen Anhänger ihre Kritik gerade an der mangelnden Berechenbarkeit des Parteikurses und fehlenden Glaubwürdigkeit der Spitzenpolitiker festmachen und eine Renaissance handlungsanleitender Werte, benennbarer normativer Fluchtpunkte und unterscheidbarer langfristiger Ziele erwarten.¹⁷

Und nicht nur das. Erst recht können mehrere parallele Prozesse, selbst wenn jeder für sich vernünftig erscheint, zusammen und gemeinsam zu Ergebnissen führen, die von niemandem beabsichtigt sind und den involvierten Interessen konträr entgegenstehen.

Jedenfalls: Die lange Zeit gültigen Grundannahmen über organisatorisches Wahlverhalten, denen zufolge Entscheidungsprozesse erstens intentional, zweitens folgerichtig und drittens optimierend verlaufen würden – dass Entscheidungen also auf spezifischen Präferenzen, Werten und Zielen basierten, sodann auf konkreten Erwartungen über Ergebnisse in Verbindung mit der Wahl der Handlungsalternative und schließlich auf der

16 March, James G.: Anmerkungen zu organisatorischer Veränderung, in: ders. (Hg.): Entscheidung und Organisation, Wiesbaden 1990, S. 187-208, hier: S. 192 f.

17 Vgl. Florack, Martin/Grunden, Timo/Korte, Karl-Rudolf: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien, in: Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 96-113, hier S.106 ff.

Wahl der besten Handlungsalternative –, haben sich als weitgehend falsch herausgestellt. Der geschlossene Zyklus organisatorischen Wahlverhaltens ist eine Illusion. Subjektive Wahrnehmungen und Präferenzen von Individuen beeinflussen nicht einschränkunglos ihr Verhalten, das Verhalten von Individuen steuert nicht unvermittelt die organisatorischen Aktivitäten, letztere lösen nicht planmäßig entsprechende Reaktionen der Umwelt aus und Ereignisse in der Organisationsumwelt schlagen sich nicht ungefiltert in den subjektiven Wahrnehmungen und Präferenzen der Individuen nieder.¹⁸

Organisationen lernen also unter Bedingungen, in denen Ziele, Erfolg, Misserfolg ungewiss sind. Jede Erfahrung bedarf der Interpretation. „Die Welt des Absurden“, so bilanzieren James March und Johan Olsen ihre organisationssoziologischen Forschungen, „ist für unser Verständnis organisatorischer Phänomene manchmal relevanter als die Vorstellung einer engen Verbindung zwischen Handlung und Reaktion.“¹⁹ Und sie fahren fort: „Wir benötigen deshalb Modelle der Entwicklung von Überzeugungen, die nicht notwendigerweise von einer Dominanz der Ereignisse oder der ‚objektiven Realität‘ ausgehen.“

Dies ist umso drängender, als Organisationswandel keineswegs eine Seltenheit, sondern ganz im Gegenteil alltäglich ist. Organisationen müssen sich ständig wandeln, um ihren Fortbestand in einer permanent sich verändernden Umwelt zu sichern. Dies gilt zumal für die christ- und sozialdemokratischen Volksparteien, deren Ursprünge in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen, die in ihrer Geschichte mit einem fundamentalen Wandel allerorten konfrontiert waren, mit wiederholten Systemwechseln, einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel von der Agrar- über die Industrie- bis hin zur heutigen Wissensgesellschaft, die zahlreiche Krisen, Inflationen,

18 March, James G./Olsen, Johan P.: Die Unsicherheit der Vergangenheit: Organisatorisches Lernen unter Ungewißheit, in: March, James G. (Hg.): Entscheidung und Organisation, Wiesbaden 1990, S. 373-397, hier: S. 376 f.

19 Ebd., S. 381 f.

enorme demografische Veränderungen erlebten und nicht zuletzt auch mit zyklischen Debatten über Parteienverdrossenheit konfrontiert waren – und die dies alles als Parteien bzw. Parteifamilien erstaunlich stabil überdauerten. Sodass die Schlussfolgerung nicht unzulässig ist, „daß Organisationen bemerkenswert anpassungsfähige, dauerhafte Institutionen sind, die auf variierende Umweltbedingungen routinemäßig und mühelos, wenn auch nicht immer in optimaler Weise reagieren“²⁰.

Dies zeigt sich auch bei der zeitgenössischen CDU. Seit der Übernahme des Vorsitzes durch Angela Merkel hat die Partei zum einen ihre Organisationsstrukturen reformiert. Die diesbezüglichen Parolen lauten: Dezentralisierung und mehr Basisbeteiligung in Form von Mitgliederbefragungen sowie Regionalkonferenzen. Und auch inhaltlich wurden erhebliche Innovationen initialisiert, die gemeinhin wiederum schlagwortartig auf die Begriffe Sozialdemokratisierung, Liberalisierung und Abwurf konservativen Ballasts verkürzt werden.

Fallbeispiele für Organisationslernen: Die Schul- und Familienpolitik

Die hier von Sören Messinger und Yvonne Wypchol vorliegenden Fallstudien stellen einen ersten Schritt auf dem Weg zur Entwicklung des oben geforderten Modells zum Organisationslernen dar. Denn eben daran mangelte es in den bisherigen Arbeiten zum Organisationslernen. Seit den 1980er Jahren besteht zwar ein gesteigertes Interesse an Organisationen als (kollektiven) Akteuren. Dennoch besitzt bis heute der Befund Gültigkeit, dass das Forschungsfeld Organisationslernen im Hinblick auf vergleichende Untersuchungen einen weißen Fleck aufweise. So wird allgemein gefordert, es brauche „systematische

20 March, James G.: Anmerkungen zu organisatorischer Veränderung, in: ders. (Hg.): Entscheidung und Organisation, Wiesbaden 1990, S. 187-208, hier: S. 189.

Vergleichsstudien – am besten nach dem Muster der humanbiographischen Zwillingsforschung²¹.

Sören Messinger untersucht dabei in seiner Arbeit den Wandel des programmatischen Selbstverständnisses der CDU in der Schulpolitik sowie die Folgen, die sich aus dem Abschied von der doktrinären Dreigliedrigkeit des Schulsystems ergeben. Konkret interessieren ihn drei Fragen: Erstens, wie Parteien Veränderungen in zentralen und identitätsstiftenden Bereichen einleiten und bewältigen? Zweitens, worin der Wandel konkret besteht, oder anders gesagt: Welches Ausmaß er annimmt, ob er vor allem an der Oberfläche, d.h. rhetorisch und strategisch, stattfindet oder in veränderten Überzeugungen gründet? Und drittens fragt er nach den gesellschaftlichen Interessen in Bezug auf die Schulstruktur und wie weit die Forderung nach einem dreigliedrigen Schulsystem im christdemokratischen Elektorat noch verbreitet ist?

Aus seinen Fragestellungen leitet Messinger einen ebenfalls dreigliedrigen Aufbau seiner Arbeit ab. Zunächst stellt er die historischen Positionen der CDU zur Schulstrukturfrage dar. Dann analysiert er die aktuelle Schulpolitik der Christdemokraten im Nachklang der ersten Pisa-Studie. Und schließlich widmet er sich ausführlich den Einstellungen und Präferenzen, die bezüglich der verschiedenen Schulformen in der deutschen Gesellschaft kursieren.

Heraus kommt eine kluge, durchdachte Studie, die luzide den Wandel der christdemokratischen Positionen in der Schulstrukturfrage analysiert. Dabei zeigt sich, dass sich die Schulpolitik der CDU in der deutschen Nachkriegsgeschichte beständig wandelte. Ferner, dass für die Schulpolitik im Speziellen gilt, was auch für die CDU im Allgemeinen kennzeichnend ist: dass sich nämlich die innerparteiliche Meinungsvielfalt durch eine

21 Wiesenthal, Helmut: Lernen aus der Sicht der Organisationsforschung – einige Unterscheidungsvorschläge und Grenzerfahrungen, Beitrag zum Workshop „Kollektives Lernen und governance“, veranstaltet von Prof. Dr. Hubert Heinelt am 24.06.2005 an der TU Darmstadt, S. 9.

weitgehende Autonomie der Landesverbände unter dem organisatorischen Dach der Union miteinander vereinbaren lässt.

Letztlich kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass der jüngste Wandel zum einen so weitreichend wie vielfach angenommen gar nicht ist, da er nicht durch einen „grundsätzlichen Einstellungswandel innerhalb der CDU“ fundamentiert wird. Und zum anderen korrespondiert er in seiner Halbherzigkeit bzw. Ambivalenz mit den Erwartungen der bildungsbürgerlichen Wählerklientel der Christdemokraten, die zwar gegen Gemeinschaftsschulen an und für sich nicht mehr viel einzuwenden haben – jedenfalls dann nicht, wenn daneben das Gymnasium als exklusive Schulform unangetastet bleibt. Eben das ist die Linie der CDU in der Schulpolitik, die Messinger „pragmatisch“ nennt und die seiner Darstellung zufolge nicht auf einer neuen, durchdachten und in sich schlüssigen schulpolitischen Erzählung basiert. Doch eben darin, in dieser kurzfristig so verdeckten wie erfolgreichen Neujustierung sieht er mittelfristig ein Problem auf die CDU zukommen, da ihr dadurch die Möglichkeit verloren gehe, „ein bestimmtes, vorhandenes, soziales Interesse effektiv für sich zu nutzen“.

Yvonne Wypchol wiederum analysiert die Veränderungen des Familienbildes der CDU. Konkret gilt ihr Interesse dem Prozess, in dessen Verlauf das christdemokratische Familienbild gewandelten sozialen Verhältnissen angepasst wurde und die offizielle Parteilinie der CDU von traditionellen bürgerlichen Vorstellungen über Familie, Ehe, und der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern Abstand nahm. Ihre Fragestellung umfasst daher im Wesentlichen die Suche nach datierbaren Zäsuren dieses Modernisierungsprozesses, sie beinhaltet aber auch die Ambition, die wichtigsten Protagonisten und Antipoden dieses Wandels zu identifizieren, schließlich den Versuch, die Argumente und Motive für die familienpolitische Neuausrichtung zu gewichten. Zeitlich beschränkt sich die Autorin auf die Zeit zwischen dem Machtverlust der CDU im Bund im Jahr 1998 und dem Ende der Großen Koalition 2009. Bemerkenswert ist außerdem, dass sie ihre Argumentation nicht

bloß auf Zeitungsartikel, Programmtexte und die vorhandene wissenschaftliche Sekundärliteratur gründet, sondern zusätzlich eine Reihe von Interviews mit – wie sie es nennt – „feldinternen Experten“ geführt hat.

Wypchol gelingt es, zwei zentrale Daten auf dem Weg der CDU zu einem neuen Familienbild nach 1998 zu benennen. Zum einen das Jahr 1999, welches den Beginn der programmatischen Erneuerung markiert, und zum anderen den Amtsantritt Ursula von der Leyens als Familienministerin im Jahr 2005, der die praktisch-politische Kurskorrektur markiert. Sehr überzeugend betont die Autorin die Bedeutung, welche neben der Absicht zur Erneuerung auch den steten Anspielungen und Rückbezügen auf den Traditionsbestand des christdemokratischen Familienbildes für den Erfolg der Modernisierung zukam. Aus diesem Umstand leitet sich die Zentralstellung des Begriffes der „Wahlfreiheit“ zur Legitimation des modernisierten Familienbildes ab, da dieser sich sowohl in die Traditionslinie der Subsidiaritätsforderungen der klassischen katholischen Soziallehre stellen lässt als auch eine zukunftsgerichtete Öffnung des Familienbegriffes für eine neue Vielfalt der Formen des Zusammenlebens nahelegt. Das Erfordernis, für den Erfolg der familienpolitischen Neujustierung Modernität und Traditionalität zu verknüpfen, begründete auch die Schlüsselrolle Ursula von der Leyens, die stärker als die anderen zeitgenössischen Parteispitzen der CDU ein „traditionell geprägtes Familienbild [verkörperte]“ und die durch ihre ganze Erscheinung jene unverzichtbare Orientierung bot, die Angela Merkel in ihrem Verzicht auf jede grundsätzliche Erklärung zu stiften nicht imstande war.

Wypchol gelingt damit eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der familienpolitischen Neupositionierung der CDU: Angela Merkel unterstützte die Reformen, Ursula von der Leyen fungierte als „Gesicht“ der Modernisierung des Familienbildes, den innerparteilichen Gegnern mangelte es an schlüssigen Gegenkonzepten, zudem waren sie hin- und hergerissen zwischen einem traditionellen Familienbild und einer liberalen Wirtschaftsauffassung, der zufolge eine erhöhte Erwerbsbetei-

ligung von Frauen und ein möglichst schneller Wiedereinstieg in den Beruf nach Schwangerschaftspausen grundsätzlich sinnvoll seien.

In einem vorläufigen Fazit lässt sich, mithin ganz unvollständig, festhalten, dass die Modernisierung (partei-)politischer Organisationen von günstigen Umständen oder auch Gelegenheitsstrukturen abhängt. Mit Blick auf die Schulpolitik sind die Probleme seit den PISA-Studien offenkundig; unzweifelhaft ist auch die Halbierung des Anteils von Arbeiterkindern, die es bis zum Studium schaffen, und mithin die verschärfte soziale Selektion des Bildungswesens. Und im Hinblick auf den Wandel in der Schulpolitik ist der Bedeutungsverlust der Katholiken und der katholischen Kirche auf die Kursbestimmung der CDU eine wesentliche Bedingung. Die CDU verbietet sich mittlerweile scharf Einmischungen der Kirche in ihre Belange. Mit dem Wegzug aus dem katholischen Bonn ins antiklerikale Berlin ist der religiöse Bezug vieler Abgeordneter und Ministerialer verlorengegangen. Durch die Wiedervereinigung wurde die CDU insgesamt protestantischer und konfessionsloser, das Verhältnis zwischen ihr und den Protestanten hatte sich aber bereits in den 1960er und 1970er Jahren im Zuge von Frauenfrage und Friedensbewegung abgekühlt. Überhaupt ist das „C“ als Bindeglied für die Christdemokratie entbehrlich geworden, seitdem das gegenseitige Misstrauen zwischen Katholiken und Protestanten in der Bundesrepublik geschwunden ist. Ganz unabhängig davon, dass der Lebenswandel der Unverheirateten, Geschiedenen und Patchwork-Familien an der Parteispitze mit konservativ-klerikalen Dogmen schwerlich vereinbar ist.

Günstige Gelegenheiten stellen Chancen dar. Diese müssen freilich aber auch genutzt werden. Denn gegen weitreichende Reformabsichten formieren sich immer auch gegenläufige, veränderungsskeptische Strömungen, im Fall der jüngsten inhaltlichen Neubestimmungen der CDU ist dies etwa das seit einiger Zeit verstärkte Bedürfnis weiter Teile der CDU-Basis nach ideologischer Reinheit und Abgrenzung vom politischen Gegner. Hieraus erklärt sich die immer wieder aufflackernde

Binnenkritik an der Prinzipienlosigkeit der Kanzlerin und Parteivorsitzenden Merkel. Dies spiegelt sich auch im neuen CDU-Programm, in dem weichere Formulierungen, etwa zum EU-Beitritt der Türkei, schärferen Absichtsbekundungen weichen mussten; des Weiteren in der eindeutigen Mitgliederpräferenz pro Schwarz-Gelb; und ebenfalls darin, dass die Mitgliedergruppe der linksmittigen „gesellschaftspolitisch Liberalen“ zuletzt in internen Umfragen zugunsten der „Traditionsbewussten“, „Christlich-Sozialen“ und „Marktwirtschaftlichen“ schrumpfte. Mithin: Zu den günstigen Gelegenheitsstrukturen muss sich Führung hinzugesellen. Die Kennzeichen, Erfordernisse und Möglichkeiten der gewandelten Umfeldbedingungen müssen intuitiv erspürt, Handlungsspielräume illusionslos eingeschätzt, Mehrheiten geschickt gesammelt, Widerstände geduldig überwunden und Entscheidungen mutig vorangetrieben werden. Wie dies im Einzelfall aussieht, darüber informieren schlüssig und gedankenreich die beiden Fallanalysen dieses Buches.

Göttinger Junge Forschung

„Göttinger Junge Forschung“, unter diesem Titel firmiert eine Publikationsreihe des *Institutes für Demokratieforschung*, das am 1. März 2010 an der *Georg-August-Universität Göttingen* gegründet worden ist. Göttinger Junge Forschung verfolgt drei Anliegen: Erstens ist sie ein Versuch, jungen Nachwuchswissenschaftlern ein Forum zu geben, auf dem diese sich meinnungsfreudig und ausdrucksstark der wissenschaftlichen wie auch außeruniversitären Öffentlichkeit präsentieren können. Damit soll erreicht werden, dass sie sich in einem vergleichsweise frühen Stadium ihrer Laufbahn der Kritik der Forschungsgemeinde stellen und dabei im Mut zu pointierten Formulierungen und Thesen bestärkt werden.

Zweitens liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der Sprache. Die Klagen über die mangelnde Fähigkeit der Sozialwissenschaftler, sich verständlich und originell auszudrücken, sind

Legion. So sei der alleinige Fokus auf Forschungsstandards „problematisch“ im Hinblick auf eine „potentiell einhergehende Geringschätzung der Lehr- und der Öffentlichkeitsfunktion der Politikwissenschaft“, durch die „Forschungserkenntnisse der Politikwissenschaft zu einem Arkanwissen werden, das von den Experten in den Nachbarfächern und den Adressaten der Politikberatung, aber kaum mehr vom Publikum der Staatsbürgergesellschaft wahrgenommen wird, geschweige denn verstanden werden kann“.²² Viel zu häufig schotte sich die Wissenschaft durch „die Kunst des unverständlichen Schreibens“²³ vom Laienpublikum ab.

Mitnichten soll an dieser Stelle behauptet werden, dass die Texte der Reihe den Anspruch auf verständliche und zugleich genussreiche Sprache mit Leichtigkeit erfüllen. Vielmehr soll es an dieser Stelle um das Bewusstsein für Sprache gehen, den Willen, die Forschungsergebnisse auch mit einer angemessenen literarischen Ausdrucksweise zu würdigen und ihre Reichweite – und damit Nützlichkeit – soweit zu erhöhen, wie dies ohne Abstriche für den wissenschaftlichen Gehalt möglich erscheint. Anstatt darunter zu leiden, kann sich die Erkenntniskraft sogar erhöhen, wenn sich die Autoren über die Niederschrift eingehende Gedanken machen, dabei womöglich den einen oder anderen Aspekt noch einmal gründlich reflektieren, die Argumentation glätten, auf abschreckende Wortungetüme, unnötig komplizierte Satzkonstruktionen und langweilige Passagen aufmerksam werden²⁴ – insgesamt auf einen Wissenschaftsjargon verzichten, wo dies zur Klarheit nicht erforderlich ist. Denn es besteht durchaus die Möglichkeit, einen wissenschaftlichen Text weder zu simplifizieren noch zu verkomplizieren, selbst

22 Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 453 f.

23 Zetzsche, Indre (Hrsg.): Wissenschaftskommunikation. Streifzüge durch ein ‚neues Feld‘, Bonn 2004, S. 115.

24 Zur stimulierenden Wirkung der „detaillierte[n] Schilderung eines individuellen Falles“: Aydelotte, William O.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282, hier S. 275.

unter der Berücksichtigung, dass die schwere Verständlichkeit von Wissenschaft aufgrund unvermeidlicher Fachbegriffe vermutlich unausbleiblich ist.²⁵

Dies sollte jedoch nicht die Bereitschaft mindern, den Erkenntnistransfer via Sprache zumindest zu versuchen. In der allgemeinverständlichen Expertise sah der österreichische Universalgelehrte Otto Neurath sogar eine unentbehrliche Voraussetzung für die Demokratie, für die Kontrolle von Experten und Politik. Neurath nannte das die „Kooperation zwischen dem Mann von der Straße und dem wissenschaftlichen Experten“²⁶, aus der sich die Fähigkeit des demokratisch mündigen Bürgers ergebe, sich ein eigenes, wohlinformiertes Urteil über die Geschehnisse der Politik zu bilden. Dass in diesem Bereich ein Defizit der Politikwissenschaft besteht, lässt sich, wie gezeigt, immer häufiger und dringlicher vernehmen. Ein Konsens der Kritiker besteht in dem Plädoyer für eine verstärkte Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in eine interessierte Öffentlichkeit. Hierzu müsse man „Laien dafür interessieren und faszinieren können, was die Wissenschaftler umtreibt und welche Ergebnisse diese Umtriebigkeit hervorbringt“, weshalb „komplexe wissenschaftliche Verfahren und Sachverhalte für Fachfremde und Laien anschaulich und verständlich“ dargestellt werden sollten.²⁷

Der Sprache einen ähnlichen Stellenwert für die Qualität einer Studie einzuräumen wie den Forschungsergebnissen, mag sich auf den ersten Blick übertrieben anhören. Und wie die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman zu berichten weiß, ist dies zumeist „mühselig, langsam, oft schmerzlich und manchmal eine Qual“, denn es „bedeutet ändern, überarbeiten,

25 Vgl. auch den Appell von Mittelstrass, Jürgen: Trough a glass darkly: on the enigmatic nature of science, in: *Kriterion*, Jg. 23 (2010), S. 1-4.

26 Zitiert nach Sandner, Günther: Demokratisierung des Wissens. Otto Neuraths politisches Projekt, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 38 (2009) H. 2, S. 231-248, hier S. 242.

27 Kürten, Ludwig: Verständigung will gelernt sein, in: *Zetsche* (Hrsg.) 2004, S. 83-86, hier S. 84.

erweitern, kürzen, umschreiben“.²⁸ Doch eröffnet dieser Schritt die Chance, über die engen Grenzen des Campus hinaus Aufmerksamkeit für die Arbeit zu erregen und zudem auch die Qualität und Überzeugungskraft der Argumentation zu verbessern. Kurzum: Abwechslungsreiche und farbige Formulierungen, sorgsam gestreute Metaphern und Anekdoten oder raffiniert herbeigeführte Spannungsbögen müssen nicht gleich die Ernsthaftigkeit und den Erkenntniswert einer wissenschaftlichen Studie schmälern, sondern können sich für die Leserschaft wie auch für die Wissenschaft als Gewinn erweisen.

In den Bänden der Göttinger Jungen Forschung versuchen die Autoren deshalb sowohl nachzuweisen, dass sie die Standards und Techniken wissenschaftlichen Arbeitens beherrschen, als auch eine anregende Lektüre zu bieten. Wie gesagt, mag dies nicht auf Anhieb gelingen. Doch Schreiben, davon sind wir überzeugt, lernt man nur durch die Praxis des Schreibens, somit durch frühzeitiges Publizieren. Insofern strebt die Reihe keineswegs perfektionistisch, sondern perspektivisch die Förderung von Schreib- und Vermittlungstalenten noch während der wissenschaftlichen Ausbildungsphase an.

Freilich soll bei alledem keinesfalls der inhaltliche Gehalt der Studien vernachlässigt werden. Es soll hier nicht ausschließlich um die zuletzt von immer mehr Verlagen praktizierte *Maxime* gehen, demnach Examensarbeiten nahezu unterschiedslos zu schade sind, um in der sprichwörtlichen Schublade des Gutachters zu verstauben. Die Studien der Reihe sollen vielmehr, drittens, bislang unterbelichtete Themen aufgreifen oder bei hinlänglich bekannten Untersuchungsobjekten neue Akzente setzen, sodass sie nicht nur für die Publikationsliste des Autors, sondern auch für die Forschung eine Bereicherung darstellen. Das thematische Spektrum ist dabei weit gesteckt: von Verschiebungen in der Gesellschaftstektonik über Anatomien von Parteien oder Bewegungen bis hin zu politischen Biografien.

28 Tuchman, Barbara: In *Geschichte denken*, Frankfurt am Main 1984, S. 27.

Eine Gemeinsamkeit findet sich dann allerdings doch: Die Studien sollen Momenten nachspüren, in denen politisches Führungsvermögen urplötzlich ungeahnte Gestaltungsmacht entfalten kann, in denen politische Akteure Gelegenheiten wittern, die sie vermittels Instinkt und Weitsicht, Chuzpe, Entschlusskraft und Verhandlungsgeschick zu nutzen verstehen, kurz: in denen der Machtwille und die politische Tatkraft einzelner Akteure den Geschichtsfluss umzuleiten und neue Realitäten zu schaffen vermögen. Anhand von Fallbeispielen sollen Möglichkeiten und Grenzen, biografische Hintergründe und Erfolgsindikatoren politischer Führung untersucht werden. Kulturelle Phänomene, wie bspw. die Formierung, Gestalt und Wirkung gesellschaftlicher Generationen, werden daher ebenso Thema sein, wie klassische Organisationsstudien aus dem Bereich der Parteien- und Verbändeforschung.

Was die Methodik anbelangt, so ist die Reihe offen für vielerlei Ansätze. Um das für komplexe Probleme charakteristische Zusammenspiel multipler Faktoren (Person, Institution und Umfeld) zu analysieren und die internen Prozesse eines Systems zu verstehen, darüber hinaus der Unberechenbarkeit menschlichen, zumal politischen Handelns und der Macht des Zufalls gerecht zu werden,²⁹ erlaubt sie ihren Autoren forschungspragmatische Offenheit. Jedenfalls: Am Ende soll die Göttinger Junge Forschung mit Gewinn und – im Idealfall – auch mit Freude gelesen werden.

29 Zur Kritik an der unterstellten Rationalität von Verhalten bzw. der unberücksichtigten Irrationalität vgl. Abromeit, Heidrun: Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, Working Paper des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, Nr. 11/2007, S. 5 f.; Bellers, Jürgen: Methoden der Sozialwissenschaften: Kritik und Alternativen, Siegen 2005, S. 164; Lepsius, M. Rainer: Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie, in: Baumgartner, Hans Michael/Rüsen, Jörn (Hrsg.): Seminar: Geschichte und Theorie. Umriss einer Historik, Frankfurt am Main 1976, S. 118-138, hier S. 127.

Einleitung

Sören Messinger / Yvonne Wypchol

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) unter Angela Merkel hat sich in den letzten Jahren als eine äußerst wandlungsfähige Partei erwiesen. In vielen Politikbereichen, die zuvor als unveränderbar galten, wurden Kursänderungen vorgenommen. Immer wieder sorgten diese programmatischen Nejustierungen der CDU für Überraschungen: Von der Abkehr von der Atomkraft über die Familienpolitik mit Krippenplatzausbau und Elterngeld, bis hin zur Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften wie auch der Weg zu einer Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem – bei derartigen Themen sorgte die CDU im eigenen Klientel, aber auch andernorts seit einiger Zeit für Erstaunen. Je nach politischer Position der Kommentatoren wurde in den Medien die Modernisierung der Partei gelobt, eine Sozialdemokratisierung beklagt oder aber unterstellt, die Parteiführung richte ihre Fahne nur nach dem Wind der Meinungsumfragen.

Sicherlich war die CDU schon immer eine pragmatische Partei. Trotz der Bezeichnung und Selbstbezeichnung als – auch – konservative Partei, war sie stets anpassungsfähig, konnte sich auf neue Herausforderungen einstellen und auf neue Themen einlassen. Dennoch gibt es Werte, Überzeugungen, bestimmte Politikfelder und Konflikte, die im Laufe der Geschichte der Partei einen hohen identitätsstiftenden Wert ausgebildet haben. Ein positiver Bezug auf Heimat, Nation und Familie bildet dabei die abstrakteste Ebene solcher Werte. In der konkreten Politik wiederum waren es nicht zuletzt die beiden Themen Dreigliedrigkeit des Schulsystems und ein traditionell geprägtes Familienbild, die über Jahrzehnte hinweg identitätsstiftende Eckpfeiler der CDU darstellten. Stets war klar, welche Position die Partei hierbei präsentierte, und sie grenzte sich da-

mit scharf vom linken Parteienspektrum ab. Dass es eben unter anderem in diesen beiden Bereichen zu Wandlungen kommt, sorgt somit nicht ohne Grund für Aufmerksamkeit.

Umso mehr drängen sich nun die Fragen auf, wie ein Wandel am Kern der Identität zustande kommen konnte und was es für eine Partei bedeutet, wenn sich derartige Traditionslinien verändern. Deshalb sollen nachfolgend zum einen die Schulstrukturfrage und ihre Bedeutung für die CDU und zum anderen die Wandlungen im Familienbild der CDU analysiert werden. Mit diesen zwei – voneinander unabhängigen – Studien soll zusammengenommen etwas mehr Farbe in das Bild der so wandlungsfähigen CDU-Programmatik gebracht werden. Der Blick auf die Schulstrukturpolitik richtet sich dabei auf die historische Entwicklung der CDU und zeichnet die programmatischen Traditionslinien der Partei in diesem Bereich nach. Diese werden genutzt, um anschließend zu einer Betrachtung und Einordnung der aktuellen programmatischen und politikpraktischen Positionen der Partei zu dieser Frage zu kommen und sie mit gesellschaftlichen Entwicklungen in Beziehung zu setzen. Im zweiten Teil dieses Buches, zum Familienbild der CDU, wird vor allem die Bedeutung der Personen Angela Merkel und Ursula von der Leyen für den Wandel mit Hilfe von Interviews und einer Rekonstruktion der innerparteilichen Debatten herausgearbeitet.

Dabei wird deutlich: Wenn auch Veränderungen in beiden Bereichen zu erkennen sind und in beiden die CDU sich durchaus von der klassischen konservativen Position entfernt, vollzieht die Partei diese Abweichungen durchaus in je spezifischer Weise. Nicht zuletzt weil Schulstrukturpolitik vor allem Ländersache ist, während Familienpolitik dem Bund zufällt, müssen bestimmte Prozesse anders verlaufen. Allerdings unterscheiden sich auch die gesellschaftlichen Dynamiken, in die der Wandel jeweils eingebettet ist. Gemeinsam ist jedoch beiden Entwicklungen, dass eben ein solcher gesellschaftlicher Wandel zur Erklärung des programmatischen Wandels zentral ist. Auch fällt es der CDU in beiden Fällen offensichtlich schwer, die

Neuerungen in derselben Weise identitär aufzuladen, wie es in den Politikbereichen früher der Fall war. Die notwendige Anpassung ist somit eben auch die Verlustgeschichte von mobilisierender und sinnstiftender Parteiidentität.